

Personalien

Arno Werkzeuge stellt Weichen für Zukunft



Die Karl-Heinz Arnold GmbH erweitert die Geschäftsleitung und stellt die Weichen für die Zukunft. Neu in der Geschäftsleitung des Werkzeugherstellers sind Jacqueline Arnold, die Ur-Enkelin des Firmengründers, und Simon Storf (re.), Sohn des Mitgesellschafters Josef Storf (li.), der, genauso wie Klaus-Michael Arnold (z.v.li.) weiterhin Geschäftsführer ist.

Arno Werkzeuge, Ostfildern, erweitert die Geschäftsleitung und stellt mit den Nachrückern aus der vierten Generation die Weichen für die Zukunft: Neu in der Verantwortung des Werkzeugherstellers sind Jacqueline Arnold, die Ur-Enkelin des Firmengründers, und Simon Storf, Sohn des Mitgesellschafters Josef Storf. Beide sind seit 2010 im Unternehmen und nun mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in die Geschäftsleitung aufgerückt. Josef Storf und Klaus-Michael Arnold bleiben weiterhin Geschäftsführer.

Mit der Erweiterung der Geschäftsleitung im 1941 gegründeten Familienunternehmen sorgen die Firmeninhaber frühzeitig für eine klare Nachfolgeregelung. Betriebswirtin Jacqueline Arnold verantwortet die Bereiche Finanzen und Personal und sieht eine der Kernaufgaben darin, für die anspruchsvollen und komplexen Aufgaben im Unternehmen die passenden Fachkräfte zu finden. „Wir wollen auch weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber für junge, engagierte und gut qualifizierte Menschen sein. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste und wertvollste Zahnrad in unserem Unternehmen. Denn nur gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte machen ein lebendiges, authentisches und letztendlich auch erfolgreiches Unternehmen aus.“

Der international erfahrene Betriebswirt Simon Storf, der seinen Master in Singapur abgelegt hat, verantwortet die Bereiche Marketing und Vertrieb nun auf Geschäftsführungsebene. Er war bisher bereits Marketingleiter und sieht die Herausforderungen der Zukunft in einer steigenden Bedeutung der Markenführung und in der Nähe zu den Kunden. „Beratungs- und Serviceleistungen werden neben exzellenten Produkteigenschaften immer wichtiger. Diese Stärken unseres Unternehmens wollen wir, verbunden mit der Marke Arno Werkzeuge, dauerhaft in den Köpfen unserer Zielgruppe verankern.“

www.arno.de

Gutmann besetzt Vertriebsleitung mit Thomas Reinert neu

Thomas Reinert hat zum 1. August 2021 die Vertriebsleitung bei Gutmann Bausysteme für die Metallverbund- und Baubeschlag-Systeme in Deutschland und Österreich übernommen.

Als neuer Vertriebsleiter bei Gutmann Bausysteme ist er zuständig für die Metallverbund-Systeme (Holz-Aluminium und Kunststoff-Aluminium) sowie die Baubeschlag-Systeme (Fensterbänke, Bodenschwellen, Regenschutzschienen) in den Märkten Deutschlands und Österreichs.

Der 49-jährige gebürtige Recklinghauser ist gelernter Industriemechaniker Betriebstechnik. Nach der Ausbildung absolvierte er weitere Berufsqualifikationen zum staatlich geprüften Maschinenbautechniker und zum Technischen Betriebswirt an der Westfalenakademie. Reinert verfügt über jahrzehntelange Branchenerfahrung. Seine beruflichen Stationen führten ihn zu international tätigen Markenherstellern im Bereich Bauelemente, Dichtungssysteme und Beschlagstechnik. Hier war er jeweils in verschiedenen Führungspositionen im Vertrieb tätig.



Thomas Reinert

www.gutmann-bausysteme.de

Berliner Berichte: September 2021

Wahlkampf im Klimamodus

Mit Spannung wurden die Wahlprogramme zur anstehenden Bundestagswahl erwartet. Wohl wissend, dass keine politische Partei in Deutschland aus eigener Kraft eine Regierungsmehrheit erringen kann, lässt sich in sicherer Erwartung beliebig komplexer Koalitionsverhandlungen mit noch unbekannter Zahl von Partnern manches radikaler formulieren als praktisch realisieren. Es geht darum, bis zum Wahltag die eigene Basis zu überzeugen und Wähler*innen aus anderen Lagern sowie Nichtwähler*innen anzusprechen.

den europäischen Vorgaben, wonach Klimaneutralität bis 2050 ansteht. Weitergehende nationale Ziele hält die FDP für entbehrlich.

Eine Reduktionsziel für 2030 von 65 Prozent gegenüber 1990 bedeutet, dass die CO₂-Emissionen bis 2030 ein Niveau von 345 Millionen Tonnen erreichen müssen.

und 41 Prozent des Gasverbrauchs in Deutschland eingespart werden. Bei Umsetzung der grünen und linken 70-Prozent-Vorschläge erhöht sich der Beitrag noch einmal spürbar. Das angesichts dieser Mammutaufgabe und des vorhersehbaren Unmuts der Betroffenen der Ruf nach einem beschleunigten Kohleausstieg

Anschlussfähigkeit“. Der nationale CO₂-Preis soll steigen und die Kostenbelastung der Bürger durch eine Streichung der EEG-Umlage kompensiert werden. Es soll mehr Steuererleichterungen bei Investitionen in den Klimaschutz geben. Es bleibt beim Ausbau der Erneuerbaren und - etwas versteckt - die Abscheidung und Speicherung von CO₂ wird wieder erwogen. Der Hype der zurückliegenden Monate um die Erzeugung und Nutzung von emissionsfreiem Wasserstoff wird ein wenig gedämpft.

Bündnis 90/Die Grünen kommen mit weitgehend gleichen Maßnahmen aber deutlich aggressiverer Rhetorik daher: Alles soll ganz schnell, sehr konsequent und möglichst maximal erfolgen: Ausbauoffensive bei den Erneuerbaren, Erhöhung des nationalen CO₂-Preises und eine stärkere gesetzliche Absicherung des Klimaschutzes. Die Grünen rücken anders als die anderen Parteien den Verkehr stärker ins Zentrum der Klimapolitik und werden auf diesem Feld von den Linken unterstützt. Der Vorschlag der Grünen, ein Klimaschutzministerium mit Vetorecht zu bilden, war wegen offenkundiger Verfassungsprobleme eine mediale Eintagsfliege. Die SPD positioniert sich geschickt zwischen CDU/CSU und Grüne und klammert sich an die Beschlüsse zum Kohleausstieg. Die FDP sieht in europäischen Emissionshandel das wichtigste und wirkungsvollste Klimaschutzinstrument.

Alle Parteien setzen sich für die Abschaffung der vor etwa 20 Jahren eingeführte und seitdem stetig angestiegene EEG-Umlage ein. Wäre das Ende der Umlage ein konkretes Ergebnis von Koalitionsverhandlungen, wäre viel für Bürger und Wirtschaft erreicht. Schließlich besteht mehr als Hälfte des Strompreises aus Steuern und Umlagen.

Autor:
Wieland Kramer



Berichte aus der Bundeshauptstadt

Auf den klassischen Handlungsfeldern bleiben die aktuellen Wahlprogramme eher vage oder im Rahmen der jeweiligen Grundsatz- und Strategieprogramme, nur beim Thema Klimaschutz liefern sich die Parteien einen Überbietungswettbewerb.

Grundlage aller Aussagen ist das Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 mit seiner zentralen Botschaft: Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf unter zwei Grad, idealerweise sogar auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Aus diesem Ziel leitet sich ab, dass spätestens ab 2050 weltweit die sogenannte Klimaneutralität gewährleistet sein muss. CDU/CSU und SPD legen sich dabei auf das Jahr 2045 fest, um die deutsche Vorbild- und Vorreiterfunktion im internationalen Klimaschutz zu festigen und auszubauen. Bündnis 90/Die Grünen wollen dies bereits im Jahr 2035 erreichen. Die LINKE unterstützt den grünen Vorschlag. Als Zwischenziel verlangen CDU/CSU und SPD bis 2030 eine CO₂-Reduktion um 65 Prozent gegenüber 1990; Bündnis 90/Die Grünen und die LINKE fordern sogar 70 Prozent. Die FDP votiert dagegen für eine strikte Ausrichtung der nationalen Klimapolitik an

Derzeit sind es 598 Millionen Tonnen, also liegen noch 253 Millionen Tonnen vor uns. Es wird notwendig sein, den Einsatz von Kohle, Mineralöl und Erdgas nochmals deutlich zurückzufahren.

Aber wie? Im Wahlprogramm der CDU/CSU finden sich keine Forderungen, den Ausstieg aus der Kohle zu beschleunigen. Die SPD erklärt ausdrücklich, am ausgehalten und gesetzlich geregelten Kohleausstieg bis 2038 festzuhalten, um den Regionen Zeit zum Strukturwandel zu gewähren. Durchgerechnet werden damit 2030 noch 115 Millionen Tonnen CO₂ aus der Kohleverbrennung freigesetzt, der Reduktionsbeitrag liegt bei 78 Millionen Tonnen. Die verbleibende Lücke von 175 Millionen Tonnen muss durch die Verringerung des Verbrauchs von Öl und Erdgas erreicht werden. Während Kohle vorwiegend in Kraftwerken verbrennt, sind bei den anderen Energieträgern auch und sogar vorwiegend die Industrie, der Verkehr und die privaten Verbraucher gefragt. Im Klartext: Bis 2030 müssen zur Erreichung der Wahlziele von CDU/CSU und SPD mindestens 45 Prozent des derzeitigen Ölverbrauchs

schon vor der Bundestagswahl immer lauter wird, dürfte einleuchten.

Ziele setzen oder Ziele erreichen

Die Wahlprogramme für die anstehende Bundestagswahl beschreiben beim Klimaschutz ein Dilemma: Die Parteien sagen zwar ziemlich genau, wohin sie wollen; sie bleiben aber undeutlich bei den Maßnahmen. Die Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen Ziel und Weg dürfte ein spannendes Kapitel der nächsten Regierungsperiode werden. Wahrscheinlich sind Staat und Politik mit dieser Aufgabe allein überfordert. Klimaschutz ist derzeit geprägt durch eine Technologie- und Wissenskrise. Es fehlen Innovationen, Akzeptanz und zunehmend auch die Finanzierungsbereitschaft. Nach der Bundestagswahl wird es wichtig sei, zunächst und sehr schnell den administrativen Rahmen für mehr Klimaschutz zu reformieren und die bisher erfolgreichen Instrumente auszubauen.

CDU/CSU setzen auf umfassenden europäischen Emissionshandel „mit einheitlichem Preis und globaler

Fachwissen von Experten praxisnah zusammengefasst

VOA-Merkblätter auf dem neuesten Stand

Der Verband für die Oberflächenveredelung von Aluminium (VOA) hat acht seiner insgesamt 14 Merkblätter aktuell überarbeitet.

Vier der Merkblätter beschäftigen sich mit der Anodisation, drei mit der Beschichtung sowie eines mit der Entlackung von Aluminium. Die aktualisierten Merkblätter sind digital über die Homepage des Verbands sowie direkt über die Geschäftsstelle zu bestellen.

Mit den Merkblätter stellt der VOA Mitgliedern und anderen interessierten Personengruppen ein breites, fundiertes Informationsspektrum für die tägliche Arbeit im Unternehmen zur Verfügung.

In dreijährigem Turnus unterzieht die VOA-Projektgruppe „Aktualisierung der Merkblätter“ alle Fachblätter einer Prüfung hinsichtlich des aktuellen Standes der Technik sowie der aufgeführten Normen und Literaturhinweise. Ordentliche Mitglieder und Fördermitglieder erarbeiten die VOA-Merkblätter

ehrenamtlich, Matthias Krämer, Leiter Technik beim VOA, koordinierte die Aktualisierung.

Im Jahr 2021 stand für den Bereich Anodisation die Aktualisierung der Merkblätter A 01 „Anodisieren von Aluminiumbauteilen“, A 02 „Grobkornabzeichnung“, A 07 „Beständigkeit von Eloxalschichten“ und A 08 „Leitfaden Werkstoffmanagement Anodisation“ an. Im Bereich Beschichtung wurden die Merkblätter B 03 „Wasser- und Pulveraufnahme von Pulverbeschichtungen“, B 05 „Umstellung auf eine chrom-VI-freie Vorbehandlung“ und B 06 „Leitfaden Werkstoffmanagement Beschichtung“ bearbeitet. Auch das Merkblatt „E 01 „Leitfaden Werkstoffmanagement Entlackung“ erhielt eine Erneuerung.

Beim Anodisieren, Beschichten und Entlacken von Aluminium fallen zwangsläufig Umsetzungsprodukte sowie

weitere Abfälle an. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Wertstoffen, die einer Weiterverwendung zugefügt werden können, und Abfallstoffen, deren Anteil zu minimieren ist und die über fachkompetente Unternehmen zu entsorgen sind. Die Merkblätter A 01, B 06 und E 01 unterstützen Unternehmen dabei, die hierzu notwendigen Schritte auf der Basis der europäischen und deutschen gesetzlichen Regelungen durchzuführen.

Mitglieder des VOA erhalten die Merkblätter kostenfrei in gedruckter Form oder als PDF-Datei. Merkblätter, die in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden entstanden sind, stehen vergünstigt zum Mitgliederpreis zur Verfügung. Nicht-Mitglieder bestellen die Merkblätter kostenpflichtig im Shop des Verbands oder über die Geschäftsstelle.

www.voa.de

- > Freiform- und Dornbiegen
- > Rollbiegen
- > Schweißtechnik
- > Mechanische Bearbeitung
- > Wärmebehandlung
- > Konstruktion
- > Messtechnik



Güetli 166
CH-9428 Walzenhausen
+41 71 886 48 10
info@hbb.ch
www.hbb.ch